

Juristische Kurz-Lehrbücher

Europäisches Prozessrecht

Ein Studienbuch

von
PD Dr. Alexander Thiele

2. Auflage

Europäisches Prozessrecht – Thiele

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Europarecht – Fit für Ausbildung und Referendariat



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de

ISBN 978 3 406 67059 6

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Thiele
Europäisches Prozessrecht

beck-shop.de

Europäisches Prozessrecht

Verfahrensrecht vor dem Gerichtshof der Europäischen Union

Ein Studienbuch

von

Dr. Alexander Thiele

Privatdozent an der Georg-August-Universität Göttingen

2. Auflage 2014

www.beck.de

ISBN 978 3 406 67059 6

© 2014 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlofrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das vorliegende für die zweite Auflage vollständig überarbeitete und ergänzte Lehrbuch behandelt die Grundlagen des Europäischen Prozessrechts. Es wendet sich weiterhin in erster Linie an Studierende der Rechtswissenschaft, will aber zudem dem Praktiker (Richter, Anwalt, Verwaltungsbeamten) einen schnellen Überblick über diese immer bedeutender werdende Materie ermöglichen. Kaum ein Rechtsgebiet des nationalen Rechts ist mittlerweile frei von europarechtlichen Vorgaben, immer häufiger kommt damit auch die Frage auf, ob und ggf. wie diese (bindenden) Vorgaben vor den europäischen Gerichten geltend gemacht werden können. Kenntnisse des Europäischen Prozessrechts sind damit mittlerweile nicht mehr nur für den Wahlfachkandidaten im Europarecht erforderlich. Um die Verzahnung der europäischen und der nationalen Rechtsebene vollständig zu erfassen, sind Grundkenntnisse des Europäischen Prozessrechts vielmehr in sämtlichen Rechtsgebieten auch und gerade in der Praxis zwingende Voraussetzung. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt daher bei den sowohl für die Ausbildung als auch für die Praxis bedeutendsten Verfahrensarten, insbesondere der Nichtigkeitsklage und dem Vorabentscheidungsverfahren. Daneben findet sich eine allgemeine Einführung in den Aufbau der europäischen Gerichtsbarkeit und in die Auslegungsmethoden des EuGH.

Zu danken habe ich an erster Stelle dem Beck-Verlag, namentlich Herrn *Dr. Johannes Wasmuth* und Frau *Ursula Hasenkopf* für die zu jedem Zeitpunkt angenehme und professionelle Zusammenarbeit. Frau *Dr. Pia Lange* danke ich ebenso wie Herrn *Felix Kazimierski* für die kritische Durchsicht sowie zahlreiche hilfreiche Anregungen. Herr *Kazimierski* hat zudem die Überarbeitung und Aktualisierung der Übersichten und Graphiken übernommen. Darüber hinaus danke ich Herrn *Prof. Dr. Dr. h. c. Werner Heun* sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts für Allgemeine Staatslehre und Politische Wissenschaften der Universität Göttingen.

Göttingen, im April 2014

Alexander Thiele

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturhinweise	XVII

1. Teil. Überblick über das unionsrechtliche Rechtsschutzsystem

§ 1. Der Rechtsschutzauftrag des EuGH – die Rolle des Gerichtshofs im institutionellen Unionsgefüge	1
I. Die institutionelle Stellung des EuGH in der europäischen Rechtsgemeinschaft	1
II. Der konkrete Auftrag des EuGH: Der Rechtsbegriff in Art. 19 Abs. 1 EUV	6
III. Beschränkungen der Unionsgerichtsbarkeit	10
1. Die Rolle des EuGH in der ehemaligen zweiten und dritten Säule der Union	10
2. Sonstige Beschränkungen	11
§ 2. Der Aufbau der europäischen Gerichtsbarkeit	12
I. Allgemeiner Überblick	13
II. Wichtige Rechtsgrundlagen	14
III. Personelle Besetzung des EuGH und Kammeraufteilung	16
1. Der Gerichtshof	16
2. Das Gericht	23
3. Fachgerichte	24
4. Exkurs: Das nationale Auswahlverfahren der einzelnen Richter	26
IV. Die Verwaltung des EuGH	28
V. Die Sprachenregelung	29
VI. Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG	30
VII. Die Rolle der mitgliedstaatlichen Gerichte	35
1. Nationale Gerichte als „funktionale Unionsgerichte“	35
2. Alleiniges Verwerfungsrecht des EuGH	36
3. Exkurs: Das Kooperationsverhältnis der nationalen und europäischen Gerichtsbarkeit	37
§ 3. Die Auslegungsmethoden des EuGH	41
I. Allgemeine Grundsätze	42
1. Wortlautauslegung/Grammatikalische Auslegung	42
2. Die historische Auslegung	44
3. Die systematische Auslegung	45
4. Die teleologische Auslegungsmethode	46
a) Allgemeine Grundsätze	46
b) Die Effet-utile-Auslegung als besondere Ausprägung der teleologischen Auslegung	47
5. (Wertende) Rechtsvergleichung	49
6. Die primärrechtskonforme Auslegung des Sekundärrechts	49
II. Die Grenzen der Auslegungsbefugnisse und der Rechtsfortbildung	50

§ 4. Überblick über die Verfahrensarten, den Verfahrensablauf und die Entscheidungswirkungen	54
I. Die unterschiedlichen Verfahrensarten	54
II. Überblick über den Verfahrensablauf	58
1. Verfahrenseinleitung	59
2. Schriftliches Verfahren	60
3. Mündliches Verfahren	61
4. Urteilsberatung und Verkündung	62
5. Beschleunigte Verfahren	64
III. Entscheidungswirkungen	66

2. Teil. Die einzelnen Verfahrensarten

§ 5. Das Vertragsverletzungsverfahren	68
I. Überblick und Funktion	68
II. Zulässigkeit des Vertragsverletzungsverfahrens	70
1. Beteiligtenfähigkeit	71
2. Klagegegenstand und Klagebefugnis	72
3. Vorverfahren	73
a) Das Vorverfahren im Rahmen einer Klage nach Art. 258 AEUV	75
aa) Das Mahnschreiben der Kommission	75
bb) Die begründete Stellungnahme	76
b) Das Vorverfahren im Rahmen einer Klage nach Art. 259 AEUV	79
aa) Antrag des Mitgliedstaats und kontradiktorisches Verfahren	79
bb) Abschließende Stellungnahme der Kommission	80
4. Klagefrist	81
5. Form der Klageerhebung	82
6. Rechtsschutzbedürfnis	82
III. Begründetheit des Vertragsverletzungsverfahrens	84
IV. Die Entscheidung des EuGH	85
1. Feststellungsurteil	85
2. Die Möglichkeit eines weiteren Verfahrens und finanzieller Sanktionen	86
a) Berechnung der Sanktionshöhe und Vorgehensweise der Kommission	88
b) Zur Vollstreckbarkeit der festgesetzten Sanktionen	93

§ 6. Die Nichtigkeitsklage privilegierter Kläger nach Art. 263 Abs. 2 AEUV	97
I. Überblick und Funktion	97
II. Die Zulässigkeit der Klage privilegierter Kläger nach Art. 263 Abs. 2 AEUV	101
1. Beteiligtenfähigkeit	101
a) Aktive Beteiligtenfähigkeit	102
b) Passive Beteiligtenfähigkeit	104
2. Klagegegenstand	105
a) Rechtlich existente Handlung eines Unionsorgans	105
b) Rechtsverbindlichkeit der Handlung nach außen	107

3. Klagebefugnis	108
4. Klagegrund	108
a) Unzuständigkeit	109
b) Verletzung wesentlicher Formvorschriften	110
c) Verletzung der Verträge oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm	111
d) Ermessensmissbrauch	112
e) Verletzung des Subsidiaritätsprinzips (Subsidiaritätsrüge)	112
5. Klagefrist	113
6. Form der Klageerhebung	115
7. Rechtsschutzbedürfnis	115
III. Begründetheit der Nichtigkeitsklage nach Art. 263 Abs. 2 AEUV	116
IV. Die Entscheidung des EuGH	117
§ 7. Die Nichtigkeitsklage minder- und nicht-privilegierter Kläger nach Art. 263 Abs. 3 und 4 AEUV	121
I. Überblick und Funktion	121
II. Zulässigkeit der Klage nach Art. 263 Abs. 3 und 4 AEUV	122
1. Beteiligtenfähigkeit	122
a) Aktive Beteiligtenfähigkeit	122
aa) Klage der EZB, des Rechnungshofes und des AdR nach Abs. 3	123
bb) Klage privater Kläger nach Art. 263 Abs. 4 AEUV	124
b) Passive Beteiligtenfähigkeit	127
2. Klagegegenstand	127
a) Zulässige Klagegegenstände der Klage nach Art. 263 Abs. 3 AEUV	127
b) Zulässige Klagegegenstände privater Kläger nach Art. 263 Abs. 4 AEUV	127
3. Klagebefugnis	129
a) Die Klagebefugnis nach Art. 263 Abs. 3 – EZB, Rechnungshof und AdR	129
b) Die Klagebefugnis nach Art. 263 Abs. 4 AEUV – Private Kläger	130
aa) Adressaten einer Handlung	131
bb) Nichtadressaten (unmittelbare und individuelle Betroffenheit)	131
(1) Betroffenheit	131
(2) Unmittelbare Betroffenheit	132
(3) Individuelle Betroffenheit	136
(a) Die Rechtsprechung des EuGH	137
(b) Die Kritik von GA Jacobs und dem EuG	143
(c) Stellungnahme	145
cc) Rechtsakte mit Verordnungscharakter	147
4. Klagegrund	150
5. Klagefrist	150
6. Form der Klageerhebung	151
7. Rechtsschutzbedürfnis	151
III. Begründetheit der Klagen nach Art. 263 Abs. 3 und 4 AEUV	151
IV. Die Entscheidung des EuGH	152

§ 8. Die Untätigkeitsklage nach Art. 265 AEUV	155
I. Überblick und Funktion	155
II. Die Zulässigkeit der Untätigkeitsklage	156
1. Beteiligtenfähigkeit	156
a) Aktive Beteiligtenfähigkeit	156
b) Passive Beteiligtenfähigkeit	157
2. Klagegegenstand	159
a) Klage der Mitgliedstaaten und der Organe der Union	159
b) Die Klage privater Kläger nach Art. 265 Abs. 3 AEUV	160
3. Klagebefugnis	163
4. Geltendmachung einer Vertragsverletzung	163
5. Vorverfahren	164
a) Die Aufforderung zum Tätigwerden	165
b) Zwei-Monats-Frist	167
c) Fehlen einer Stellungnahme des Organs	167
6. Klagefrist	168
7. Form der Klageerhebung	169
8. Rechtsschutzbedürfnis	169
III. Begründetheit der Untätigkeitsklage	170
IV. Die Entscheidung des EuGH	171
§ 9. Das Vorabentscheidungsverfahren	174
I. Überblick und Funktion	175
II. Zulässigkeit des Vorabentscheidungsverfahrens	179
1. Vorlageberechtigung	179
a) Gerichtsbegriff	179
b) Einzelfälle	181
2. Zulässige Vorlagefrage	183
a) Gegenstand der Vorlagefrage	183
b) Inhalt der Vorlagefrage	187
aa) Auslegungsfrage	187
bb) Gültigkeitsfrage	188
(1) Allgemein	188
(2) Verhältnis zu Art. 263 AEUV	189
3. Entscheidungserheblichkeit der Vorlagefrage	191
4. Vorlagerecht/Vorlagepflicht	193
a) Grundsatz: Freies Vorlagerecht	193
b) Ausnahme: Vorlagepflicht	196
aa) Vorlagepflicht bei Gültigkeitsfragen	197
bb) Vorlagepflicht im vorläufigen Rechtsschutz	197
cc) Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte	199
dd) Entfallen der Vorlagepflicht nach Art. 267 Abs. 3 AEUV im Einzelfall	202
ee) Sanktionen bei Verletzung der Vorlagepflicht	205
(1) Sanktionen durch Unionsrecht und Staatshaftung	205
(2) Innerstaatliche Sanktionen und Konsequenzen	207
c) Exkurs: Rechtsmittel gegen Vorlageentscheidungen?	210
5. Formerfordernisse der Vorlagefrage	212

6. Frist	215
III. Entscheidung des EuGH („Begründetheit“)	216
IV. Wirkung der Entscheidung des EuGH	216
1. Auslegungsfragen	217
a) Allgemeine Bindungswirkung	217
b) Pflicht zur Rücknahme bestandskräftiger Verwaltungsentscheidungen	219
c) Zeitliche Wirkungen	221
2. Gültigkeitsfragen	222
§ 10. Die Amtshaftungsklage nach Art. 268 AEUV	226
I. Überblick und Funktion	226
II. Zulässigkeit der Amtshaftungsklage	227
1. Zuständigkeit der europäischen Gerichtsbarkeit	227
2. Parteifähigkeit	229
a) Aktive Parteifähigkeit	229
b) Passive Parteifähigkeit	230
3. Klagebefugnis	231
4. Ordnungsgemäße Klageerhebung	232
5. Frist	233
6. Rechtsschutzbedürfnis	234
a) Subsidiarität zu nationalen Rechtsschutzmöglichkeiten	234
b) Das Verhältnis zur Nichtigkeitsklage nach Art. 263 AEUV	235
III. Begründetheit der Amtshaftungsklage nach Art. 268 AEUV	236
IV. Die Entscheidung des EuGH	236
3. Teil. Einstweiliger Rechtsschutz und Rechtsmittelverfahren	
§ 11. Einstweiliger Rechtsschutz	239
I. Überblick und Bedeutung in der Rechtsprechungspraxis	239
II. Zulässigkeit eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz	242
1. Zuständigkeit	242
2. Anhängigkeit des Hauptsacheverfahrens	243
3. Keine offensichtliche Unzulässigkeit der Hauptsache	244
4. Antragsberechtigung	245
5. Antragsgegenstand	245
6. Antragsbefugnis	248
7. Form und Frist	248
8. Rechtsschutzbedürfnis	249
III. Begründetheit eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz	250
1. Notwendigkeit einer Anordnung	250
2. Dringlichkeit	251
3. Interessenabwägung	254
IV. Die Entscheidung des EuGH	255
§ 12. Rechtsmittelverfahren	259
I. Überblick und Bedeutung	259
II. Zulässigkeit des Rechtsmittels zum EuG bzw. zum Gerichtshof	261
1. Zuständigkeit	261

2. Rechtsmittelgegenstand	261
a) Entscheidungen des EuG	261
b) Entscheidungen des EuGöD	261
3. Rechtsmittelberechtigung	261
a) Entscheidungen des EuG	261
b) Entscheidungen des EuGöD	262
4. Rechtsmittelgründe	263
a) Entscheidungen des EuG	263
b) Entscheidungen des EuGöD	264
5. Form und Frist der Rechtsmitteleinlegung	264
6. Rechtsschutzbedürfnis	265
III. Begründetheit des Rechtsmittels	265
IV. Die Entscheidung des Rechtsmittelgerichts	265
V. Das Rechtsmittel zum EuGH gegen Rechtsmittelentscheidungen des EuG (Überprüfungsverfahren)	267
1. Zulässigkeit des Überprüfungsverfahrens	267
a) Zuständigkeit	267
b) Überprüfungsgegenstände	267
c) Überprüfungsberechtigung	267
d) Überprüfungsgrund	267
e) Überprüfungsfrist	268
2. Begründetheit und Entscheidung des EuGH	268
4. Teil. Ausblick	
§ 13. Herausforderungen der Europäischen Gerichtsbarkeit	272
I. Die Europäische Gerichtsbarkeit als (bisheriges) Erfolgsmodell	272
II. Die drei Herausforderungen der Europäischen Gerichtsbarkeit	275
Sachverzeichnis	279